

# Volkswacht

für Schlesien

**Bezugspreis:** Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Postanstalt Breslau 2,6 Goldmark, monatlich 1,20 Goldmark, durch die Expedition 0,6 Goldmark, monatlich 1,20 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2,6 Goldmark.

**Organ für die werktätige Bevölkerung**

Verlagsgesellschaft und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2

Verlags- und Anzeigengeschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3142

Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 532.

**Anzeigenpreis:** 10 Pf. auswärts 12 Pf. Anzeigen unter Text 20 Pf. auswärts 25 Pf. Einzelexemplare 3 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Verleumdungs- und Rufschädigungsanzeigen 5 Pf. Kleine Anzeigen pro Zeile 3 Pf. Das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition (Ruhstraße 4, 6) sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

## Wer sitzt an der Futtertrippe?

### An der Futtertrippe.

Gegen die Futtertrippenspolitik wählten sich die kleinen Wähler wendend, die am 4. Mai ihre Stimmen den rücksichtlichen Politikern gaben. Wie ihnen das gelungen ist, haben wir vor einigen Tagen an dem Fall des volksparteilichen Führers und früheren Charlottenburger Oberbürgermeisters Dr. Scholz illustriert. Als Charlottenburg nach Berlin eingemeindet wurde, war sein Amt erledigt, aber er erhob bis zum Ablauf seiner Wahlperiode Anspruch auf das volle Oberbürgermeistergehalt, das zurzeit mit den Zuschlägen 11 181 Mark betragen würde. 11 000 Mark jährlich für Nichtstun! Auf solche Art erweist man sich das Recht, gegen sozialdemokratische Futtertrippenspolitik zu predigen. Dr. Scholz war inzwischen auch drei Monate lang Reichswirtschaftsminister. Wäre er ein Sozialdemokrat, der sich aus den Tiefen des Restes an die Spitze der Staatsstellungen heraufgearbeitet hat, so würde er keinen Pfennig Ministerpension erhalten. Da er aber hoher Beamter war, bezieht er neben seinem Oberbürgermeistergehalt noch ein Ruhegehalt als Minister, das 12 819 Mark (ohne Berücksichtigung der letzten Gehalts-erhöhung) beträgt. Herr Dr. Scholz, ein Mann von 50 Jahren, in blühender Gesundheit, würde gefassten diese Summe einreichen. Da diese Summe aber das Einzelgehalt eines aktiven Reichsministers um 7500 Mark übersteigt, so wird ihm vom Reiche diese überschüssige Summe gekürzt. Inzwischen sind allerdings die Ministergehälter wesentlich erhöht worden, so daß Herr Scholz trotz der Kürzungen für sein opfervolles Ausruhen doch wohl auf 25 000 Mark jährlich rechnen kann. Die Stadt Charlottenburg möchte von der Pension, die er doppelt erhält, etwas kürzen, aber Herr Scholz will es lieber auf einen Prozeß ankommen lassen, als auf einen Rentenfennig seiner wohlverworbenen Rechte zu verzichten.

Reichreich ist ein Durchsuchen der drei Rechtsparteien im Reichstage (Deutschnationale, Deutschvölkische und Deutsche Volkspartei) auf die Stellung der Abgeordneten zur Futtertrippe. Wir finden da bei einer flüchtigen Prüfung, die sich lediglich auf die dürftigen Angaben im „Kleinen Kurier“ stützen kann, nicht weniger als 39 Abgeordnete, die von Reich, Staat oder Gemeinde Pension beziehen und weitere 39 Abgeordnete, die öffentliche Gehaltsempfänger sind, während ihrer Abgeordnetenherlichkeit sich aber von ihrer Beamtenstellung beurlauben können. Von denen, die Kandidaten der republikanischen Futtertrippe sind, ohne dafür das Geringste zu leisten, nennen wir: Brüninghaus, Konteradmiral a. D., Becker, Reichswirtschaftsminister a. D., v. Merveldt, Regierungspräsident zur Disposition, Ducah, Geheimer Regierungsrat a. D., Marekki, Bürgermeister a. D., Ludendorff, General a. D., Scholz, Reichsminister a. D., Berndt, Bürgermeister a. D., Graf v. Westarp, Oberverwaltungsgerichtsrat a. D., Hergt, Staatsminister a. D., Schnee, Gouverneur a. D., v. Kemnitz, Gesandter a. D., v. Rheinbaben, Staatssekretär a. D., Wallrat, Staatsminister a. D., v. Reventlow, Kapitänleutnant a. D., Hennig, Major a. D., Tirpitz, Großadmiral a. D., Heinze, Staatsminister a. D., und zahlreiche andere. Unter den 39 weiteren, die sich als aktive Beamte ihre politische Arbeit gegen die Republik bezahlen lassen, befinden sich Oberregierungsräte, Landgerichtsdirektoren, Kreisrichter, Schuldirektoren, Amtsgerichtsräte, Staatsminister, Studierräte, Universitätsprofessoren, Eisenbahningenieur, Oberpostinspektoren, Ministerialräte, Direktoren, Pfarrer und andere.

Unter den 14 Deutschnationalen und deutschvölkischen Abgeordneten sind zahlreiche Offizierspensionäre. Mit Recht weist Heinrich Dietmann in der Korrespondenz „Sozialistische Politik und Wirtschaft“ darauf hin, es sei bei der Erörterung der letzten Verordnung über Beamtenabfindung bisher unbeachtet geblieben, daß dieses Diktat mit seiner ungeheuren Verzerrung der oberen Gehaltsgruppen auch auf die Offizierspensionäre automatisch Anwendung findet. Wir haben in Deutschland gegen 60 000 Offiziere und höhere Militärbesatzung als Pensionsempfänger. Sie gehören durchgehends den Gehaltsgruppen von 10 aufwärts an und leben von den Pensionen, die sie von der

gehobten und bekämpften Republik erhalten. Daß es eine kleine Anzahl ehemaliger Offiziere gibt, die ihr Leben auf eine ganz neue Arbeitsgrundlage umgestellt haben, soll nicht bestritten werden. Nun schnell also die Pension des Staatsverbrechers und notorischen Ver schwörers Ludendorff von 12 000 Mark auf über 20 000 Mark im Jahre hinauf. Andere Stabsoffiziere erhalten ihre Pension von 8000 auf 15 000 Mark erhöht. Und das in einer Zeit, in der nach der einmütigen Auffassung der bürgerlichen Reichsregierung Beamte, Angestellte und Arbeiter aus Annonciaten zu Hunderttausenden dem Hunger ausgeliefert werden müssen und eine nennenswerte Aufbesserung der unteren Gehaltsklassen „das Reich ruinieren“ würde.

Auch das ist ein Erfolg der Wahl vom 4. Mai. Die Ausgiebung des Pensionsfüßers unmittelbar nach den Wahlen wird von den davon angenehm Betroffenen als Erfolg des nationalsozialistischen Umschwungs und als Anfang der innerpolitischen Aufräumung gebucht. Mit Recht! Denn der kleine, aber einflußreiche Kreis der höheren Beamtenhierarchie, der Reichsverband der höheren Beamten und die Offiziersvereinigungen haben den Zeitpunkt für die Wiederintraffekung aller Besoldungsprinzipien in dem Augenblicke gekommen, als die parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse schwankend wurden. Sie antworteten auf den Wählern mit Fällung der Scheidemann ab. Wir ersehen die Zeit, wo die Waage der Hand- und Geistesarbeit im Lande sich nicht mehr von dem Phrasenebel der Nationalisten und Kon servativen blenden lassen, wo auch die Massen bewußt den Kampf um die Eroberung der Staatsgewalt führen, und diese festhalten und kräftig anwenden zum Volkwohl!

### Gezähmte Kommunisten.

Wir finden in einer Obligator Zeitung folgende Notiz:

Stadt Wiesdorf.

Beigeordnetenwahl.

Die in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 18. Juni 1924 zu unbefristeten Beigeordneten gewählten Herren: 1. Gewerkschaftsangehöriger Fritz Schulte, 2. Gewerbetreibender Heinrich Specht von der Kommunistischen Partei haben nachstehende Erklärung abgegeben, die hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht wird:

„Ich bin mir bewußt, mit der Annahme des Beigeordnetenamtes Beamter und Untergebener des Bürgermeisters geworden zu sein mit der Verpflichtung des dienlichen Gehorsams gegen Stadt, Land und Reich und die geltend gemachten Anordnungen von deren Organen. Ich bin gewillt, mich dieser Verpflichtung zu unterziehen.“

Inbesondere erkenne ich die Reichs- und Staatsverwaltung als für bindend an. Etwasige Instruktionen der Kommunistischen Partei und der kommunistischen Internationalen sind für mich als Beigeordneter nicht maßgebend, vielmehr werde ich mich stets pflichtgemäß im Rahmen der bestehenden Staatsordnung und unabhängig von Parteifunktionen verhalten. Sofern ich nicht durch Anordnungen des Bürgermeisters oder der Reichs- und Staatsbehörden gebunden bin, werde ich mich nach eigenem pflichtgemäßen Ermessen entscheiden. Hierbei werde ich mich nicht von den Interessen eines einzelnen Standes, sondern von denen der Allgemeinheit leiten lassen.“

Der Bürgermeister.

So sind die Brüder! So lange sie keinen Einfluß haben, reißen sie das Maul so weit auf wie die Herren der „Schlesischen Arbeiterzeitung“. Winkt ihnen ein Rißchen, dann künden sie schämlicher als jemals einer der verräterischen Sozialdemokraten. Die Arbeiter aber, die auf das wilde Geschrei hineingefallen sind, werden ausgelacht, bis der nächste kommt, der sich mit ähnlichen Mitteln „hinausschwingt“ und dann nichts mehr von sich hören läßt. Aber der Rückgang der kommunistischen Stimmen in Sachsen, Thüringen, Mecklenburg und bei den Betriebsratswahlen im Ruhrgebiet zeigt bereits, daß nicht mehr alle darauf hineingefallen.

### Mussolini gegen seine Rente!

Rom, 12. Juli. Fünfhundert Faschisten, welche aus Neapel und Umgebung zu einer in Mailand stattfindenden Feier abziehen wollten, wurden am Bahnhof in Rom auf Befehl des Ministers angehalten und gezwungen, nach Neapel zu gehen. Da etwa zweihundert Faschisten die Umzingelung durch die Polizei umgingen und sich in Rom zerstreuten, verfügte der Minister deren Festnahme.

### Ein Märtyrer für Schwarz-Rot-Gold.

Zu Aris Reuters Gedächtnis.

Des Dichters Reuter, dessen Werk allein durch seine sozial-, sitten- und kulturgeschichtlichen Werte unsterblich bleiben würde, haben wir in der Sonntagsnummer unseres Blattes gedacht. Aber es wäre eine Undankbarkeit, wenn sich die freihetlich gesinnten Teile des deutschen Volkes an seinem fünfzigsten Todestag nicht auch des politischen Märtyrers erinnern wollten, der gleich Tausenden seiner Zeitgenossen in einer Epoche der trübsten Reaktion zum Opfer der durch die französische Julirevolution erschrocken und darum doppelt schäftigen preußischen Bureaucratie wurde. Nicht allen freilich wurde so grausam mitgespielt wie ihm und seinen elf „Mitverschworenen“, die man jahrelang durch die preußischen Festungen schleppte, nach dreijähriger „Untersuchung“ zuerst zum Tode verurteilte und dann zu 30 Jahren Festungshaft „beugabiate“. Mehr als einem seiner Genossen hat diese „Gnade“ nicht nur die Jugend, sondern im vollen Sinn das Leben zehrt; ein Wunder fast, daß Reuter selbst nach den sieben Jahren einer geistig und körperlich zermürbenden Kerkerhaft später doch noch die Kraft zu einer so glänzenden menschlichen und künstlerischen Aufwärtsentwicklung aus jungen Jahren zu erlangen vermochte. Er war ein Kämpfer für Deutschlands Einheit und Freiheit geschwärmt, hatten schwarzrotgoldene Bänder getragen und hatten in einer Zeit, in der am Widerstand der Fürsten die deutsche Einheit scheiterte und das Verfassungserbverprechen, das die Fürsten in Zeiten der Not gegeben hatten, fast überall in den Wind geschlagen wurde, Lieder gesungen, in denen tatsächlich die Abschaffung der Throne gefordert wurde. Das waren die im Weimariischen begangenen Verbrechen, die den Sohn des Mecklenburger Landes vor die preußischen Gerichte und in die preußischen Festungen brachten! Reuter wird ohne Erquickung die Stellen der „Festungstid“ lesen, in denen die Erinnerung an diese „Schuld“ den tiefen Groll und Schmerz über die zerstörte Jugend durch die milde Heiterkeit der dichterischen Gestaltung hindurchklingen läßt.

Erst 1840, bei der Thronbesteigung Friedrich Wilhelms IV., hat Reuter seine Freiheit wiedererlangt. Ein verspäteter Student, ohne festes Wissen, ohne Aussichten, ohne Ziele. Es waren böse Jahre für ihn, ehe er seinen dichterischen Beruf entdeckte und sich durch ihn auch eine behagliche wirtschaftliche Existenz schaffen konnte. Wie vielen seiner Leidensgenossen aber mag dieser Rückweg zu einem geordneten bürgerlichen Leben nicht mehr geglückt sein! Seiner Gefinnung nach blieb Reuter, was er in der Jugend gewesen war: Ein echter deutscher Demokrat. Ihn führte zwar das Jahr 1848 nicht, wie Uhland, Arnndt und andere Dichter, nach Frankfurt an die Stätte der großen Hoffnungen und Enttäuschungen; aber an bescheidenem Platz, im Schweriner Landtag, wirkte auch er damals als demokratischer Volksvertreter. Und auch später, als ihn die künstlerische Fruchtbarkeit von der politischen Betätigung zurückhielt, ist er, wie der Sechzigjährige einmal gern bekannte, den Idealen seiner Jugend, die „den jungen Kopf beinahe unters Weil gebracht hätten“, treu geblieben. Auch er gehörte zu denen, für die Einheit und Freiheit Deutschlands unlösliche Begriffe waren.

In seinem fünfzigsten Todestag soll sein Gedächtnis laut Verfügung des preußischen Kultusministers in allen Schulen geehrt werden. In wie vielen Schulen wird wohl gesagt werden, daß er ein Märtyrer für Schwarz-Rot-Gold gewesen ist?

### Neue Rüdtehrerlaubnis.

Speyer, 12. Juli. (U.) Die französische Provinzialdelegation übermittelte der pfälzischen Kreisregierung eine neue Liste über die Rückkehr Ausgewiesener, die insgesamt 4500 Personen umfaßt, unter denen sich 1500 Pfälzer befinden.

### Grubenunglück im Ruhrgebiet.

Auf der Grube „Anastasia“ bei Essen ereignete sich in der Nacht vom Samstag zum Sonntag ein Grubenunglück. Es sind jetzt wurden 4 Tote und mehrere Schwerverletzte gezählt.







### Breslauer Nachrichten.

Breslau, 14. Juli.

### Sozialdemokratische Partei.

Seute abend 8 Uhr

In allen Distrikten wichtige

Veranstaltungen.

Niemand verzäume den Besuch seiner Versammlung. Gehst hin und informierst dich!

Distrikt 2. Der Jahrelobend findet nicht wie in üblich an gegeben, Ecke Viktorstraße, Ecke Gabelstraße, sondern Ecke Gabelstraße, Ecke Röhndingstraße, hat.

Distrikt 7. Morgen abend 8 Uhr im Genossenschafts-Restaurant: Distriktsversammlung.

### Die Aufwertung von Gemeindeforderungen.

Einzelne Zeitungen wußten zu melden, daß über die Aufwertung von Kommunalanleihen Verhandlungen schwebten. Von der Regierung ist bereits darauf aufmerksam gemacht, daß diese Verhandlungen fast nur die Kommunalanleihen unter dem Gesichtspunkt der Aufwertung nicht einheitlich zu bewerten. Ein großer Teil dieser Anleihen hat sogenannte besonderen Zwecken gedient und ist den Wirtschaftsbereichen der Gemeinden zugeteilt.

Wenn die Anleihen der Kommunen ihrem Zwecke nach verschieden verhalten wären, so läge sich eine solche Trennung in Anleihen für besondere Zwecke und Anleihen für die außerordentlichen Bedürfnisse der öffentlichen Verwaltung (Schulbauten usw.) eventuell durchführen. Das wird aber nur in den allerwenigsten Fällen möglich sein.

Wenn die Kommunen in großer Zahl in der Lage sein würden, die gewünschte Aufwertung vorzunehmen, so würde dies für die Gemeinden ein sehr großes Interesse sein.

### „Die SPD. gibt 3000 Linde-Hofmann-Arbeiter preis.“

Unter dieser Überschrift kommt die angebliche „Arbeiterzeitung“ darans zu rufen, daß unsere Fraktion den Herren Ammon und Moser in der letzten Stadtkoordinationsversammlung die Unterstützung zu ihrer Antrag an den Magistrat verweigerte.

„Also vom Mandatstahler macht sie (die „Volkswacht“) das Wohl und Wehe von 3000 Linde-Hofmann-Arbeitern abhängen.“

Die Entzifferung steht dem Blättchen schlecht an. Zunächst haben wir im Magistrat selbst noch Genossen, die ohne Kommissarische Unterstützung ungenügend sind.

### Radio im Jahre 1888.

Reinhold Werther, Linenburg.

Alles schon dagewesen, laut Ralfi Ben Afrika in Gutflores „Uziel Nostal“. Dieses berühmte geworden: Wort enthält sowohl Weisheit und Wahrheit, daß dem jaunenden Menschengeist eigentlich die Bewunderung irgend eines Fortschrittes der Menschheit mäßig sein müßte.

Die sozialen Propheten dieses Buches haben sich leider bis heute nicht erfüllt. Nach dem graufamen Rückfall in die Vergangenheit, wird auch kein vernünftiger Mensch mehr glauben, daß sie sich bis zum Ende dieses Jahrtausends verwirklichen könnten.

Ammon und Moser nicht als Mittelsmänner, und haben sie auch nicht mit einer solchen Aufgabe beauftragt.

Nachdem die Kommunisten dem Zentrumsmann Herzig zu seinem Bürgermeisterposten verholten hatten, konnten sie ja das Zentrum um die nötigen Unterschriften ansetzen, zu der Anfrage: „Was gedenkt der neue Bürgermeister gegen die beabsichtigten Arbeitererleichterungen zu tun?“

Es ist geradezu ein Wunder, daß die Arbeiterinteressen auf zwölf Jahre hinaus, und dann kommt man mit der sozialistischen Rente um Unterstützung, weil man angeblich Arbeitern helfen wollte.

### Vollstimmte zur Bürgermeisterwahl.

Ein Genosse teilt uns mit: Als eine mir bekannte Frau Kenntnis vom Resultat der Breslauer Bürgermeistereiwahl erhielt, sagte sie lakonisch: „Ach, die armen Kinder, was werden die jetzt in der Schule wieder für Hauskriege wegen der Religion, und dergleichen müssen!“

Diese einfache Frau hat zwar etwas weit auseinanderliegende Begriffe mit einander verbunden, aber ihr Instinkt hat sie gewiß nicht getäuscht, denn darauf läuft die ganze Richtung hinaus.

### Heldenvater gesucht.

In Nr. 21 der „Gartenlaube“ las man folgenden Ratgeber:

„No.“

Ist der deutsche Held, der sich, müde von den Anstrengungen der letzten Jahre, ein trauriges Heim erschaut und ein braves Weib, das ihm nach des Tages Mühen die Sorgenfalten auf der Stirn glättet? ...

Erich Gastarbeiter schreibt in der „Welt am Montag“ dazu: Die Ammon-Interessen. Eine Frau am Strassenrande habe ich abmüht schon lange. Ob ich ein Held bin, weiß ich nicht. ...

### Gegen das Bettelwesen.

Es ist eine alte Erfahrung, daß niemand leichten Herzens einen Bettler, der an seine Türe klopf, mit offenen Händen geben läßt, sondern ihn, oft gegen bessere Überzeugung, ein Almosen in die Hand drückt, um ihn los zu werden und nicht von dem unheimlichen Gefühl überrollt zu werden, daß man einem armen Menschen mittellos jede Hilfe verweigert hat.

lagar schon überholt. Bellamy behandelt in seinem Rückblick nur das Telephon und hat wohl selbst eine drahtlose Schallübertragung nicht für möglich gehalten.

... aber die berühmte Muff ist so unendlich großartig und vollkommener als irgend eine unserer Leistungen, sagte Edith, und so leicht zu haben, wenn wir sie zu hören wünschen, daß wir nicht daran denken, unser Singen und Spielen überhaupt Muff zu nennen.

... „Bitte, setzen Sie sich das heutige Programm an“, sagte sie, „und sagen Sie mir, was Sie hören möchten.“ Es ist jetzt 5 Uhr. ...

eine Gabe in die Hand, die er an Bettler unbedingt ausstellen kann. Der Bettler kann mit diesem Schatz nichts weiter anfangen, als ihn dem Wohlfahrigen vorzutragen.

### Zum Konkurs des Haselebach's.

Der Streik in der Haselebach-Frauerei brach am 4. April dieses Jahres aus, weil Herr Haselebach sen. die mit dem Arbeit-geberverband Schlichter Frauenvereine vereinbarten Löhne, die auch von den Herren Direktoren Cröta und Selge für die Firma als tragbar bezeichnet wurden, nicht zahlen wollte.

Wie sieht die Arbeiterpartei aus, die jetzt Haselebach's betriffen? Mit vollen Händen wirft man das Geld in die Kundschaft, sogar in die Konkurrenz der Konkurrenzbrauereien, von denen Herr Haselebach sen. laut Bestimmungen des Konkursgerichtes ein Rückkaufrecht verlangt.

Wir geben uns der Hoffnung hin, daß ein großer Teil der beschäftigten Arbeiter nicht so denkt; sie werden froh sein, wenn sie wieder durch die Organisation vertreten werden.

zusammengestellt, daß die Stücke eine Auswahl gestatten, nicht nur zwischen verschiedenen Arten von Instrumenten, sondern auch zwischen verschiedenen Motiven, vom Ernteen zum Heiteren, so daß jeder Geschmack und jede Stimmung befriedigt werden kann.

Alingt das nicht wie eine heutige Beschreibung der Wirkung eines Radiohörers? Dank der unermüdetlich schaffenden deutschen Technik haben wir dies Zukunftsgebilde schon weit überholt.

